Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3416

21. 11. 88

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 30
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie
— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3222, 11/3231 —

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Im Kapitel 30 05 – Energieforschung und -technologie – werden Ausgabemittel in Höhe von 135 000 000 DM – entsprechend nachstehender Aufteilung – gekürzt:

1. Titel 623 26 – Förderung der Kernbrennstoffversorgung (einschließlich Urananreicherung) –
Der Ansatz von 2 500 000 DM wird gestrichen.

2. Titel 685 07 – Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und der allgemeinen Sicherheitstechnik in der Kernforschung und Kerntechnik –
Der Ansatz wird um 21 700 000 DM auf 82 300 000 DM gekürzt.

3. Titel 683 12 – Forschungs- und Technologiearbeiten zur Weiterentwicklung von Hochtemperaturreaktoren (Titelgruppe 02) –
Der Ansatz von 31 000 000 DM wird gestrichen.

4. Titel 683 19 – Gemeinsame Nutzung eines Forschungsreaktors mit niedrig angereichertem Brennstoff sowie Konzepte für die Entwicklung anderer Reaktoren (Titelgruppe 02) –
Der Ansatz von 1 000 000 DM wird gestrichen.

5. Titel 892 11 – Entwicklung Schneller Brutreaktoren (Titelgruppe 02) –
Der Ansatz wird um 63 000 000 DM auf 24 000 000 DM gekürzt.

6. Titel 683 27 – Förderung der Forschung und Entwicklung (Titelgruppe 03) –
Der Ansatz wird um 3 900 000 DM auf 52 000 000 DM gekürzt.

7. Titel 893 27 – Investitionen (Titelgruppe 03) –
Der Ansatz wird um 11 900 000 DM auf 26 200 000 DM gekürzt.

II. Im Kapitel 30 05 – Energieforschung und -technologie – werden in der Titelgruppe 01 – Förderung der nicht-nuklearen Energieforschung und -technologie – Ausgabemittel in Höhe von 135 000 000 DM für ein Programm „Solare Wasserstoff-Energiewirtschaft" gemäß den Vorschlägen des Ad-hoc-Ausschusses beim BMFT vom April 1988 eingestellt.

Bonn, den 21. November 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Allgemein

Ziel der SPD ist eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft. Deshalb lehnen wir die auf eine Weiterentwicklung der kerntechnischen Energieerzeugung gerichteten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ab. Die nicht-nukleare Energieforschung muß demgegenüber deutlich stärker gefördert werden, als dies von der Bundesregierung im Haushaltsentwurf geplant ist. Die im Haushaltsentwurf 1989 vorgesehenen Mittelansätze für die Entsorgung und für die Reaktorsicherheit werden von uns mitgetragen.

Im einzelnen

Zu I.1

Es bedarf keiner weiteren Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen für die Sicherstellung der Uranversorgung. Die Weltmarktlage bei der Uranversorgung ist entspannt. Es ist auf absehbare Zeit mit Uranknappheit nicht zu rechnen.

Zu I.2

Sicherheitsforschung für Schnelle Brüter ist nicht mehr erforderlich. Der Schnelle Brüter SNR 300 ist aus ökonomischen, energiepolitischen, forschungspolitischen und gesellschaftspolitischen Gründen nicht mehr zu verantworten. Er ist darüber hinaus nach den jüngsten Erkenntnissen sicherheitstechnisch nicht beherrschbar.

Zu I.3

Wir brauchen keine neuen Reaktorkonzepte. Deshalb sind die Ansätze, die auf die Entwicklung eines Forschungsreaktors mit niedrig angereichertem Brennstoff zielen, zu streichen.

Zu I.4

Das Projekt THTR 300 ist bis auf Prüfungsarbeiten zu Ende finanziert. Auf Forschungs- und Entwicklungsbedarf für die Weiterentwicklung der Hochtemperaturreaktorlinie kann daher verzichtet werden.

Zu I.5

Zu streichen sind die Mittel, die für die Überbrückungsfinanzierung des SNR 300 vorgesehen sind. Auch für die Weiterentwicklung dieser Linie wird keine weitere Förderung mehr vorgesehen. Dies gilt insbesondere auch für die Weiterentwicklung der Technologie zum Schnellbrüter-Brennstoff-Kreislauf.

Zu I.6 und I.7

Auf die Technologie der Wiederaufarbeitung wird vollständig verzichtet. Die SPD verfolgt statt dessen die Entsorgungsstrategie der direkten Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung. Die Forschungsarbeiten auf ausgewählten Gebieten des Wiederaufarbeitungszyklus können deshalb eingestellt werden.

Zu II.

Die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der nichtnuklearen Energieerzeugung muß erheblich verstärkt werden. Dies umso mehr, als die Bundesregierung seit 1982 die von der sozial-liberalen Bundesregierung vorher eingeleitete Entwicklung im Bereich der nicht-nuklearen Energieforschung durch Absenkung der Fördermittel und Reduzierung der Förderquoten drastisch verändert hat.

Insbesondere auf dem Sektor der Photovoltaik und auf dem Sektor der Sekundärenergieträger, insbesondere Wasserstoff, bedarf es einer erheblichen Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen. Die Vorschläge des Ad-hoc-Ausschusses sind hierfür eine geeignete Grundlage.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333